

Bundestagswahl: Nichts motiviert so stark zur Stimmabgabe wie das persönliche Umfeld

100 Tage vor der Wahl: 65 Prozent erkennen große Unterschiede zwischen den politischen Parteien / Deutsche zufrieden mit dem politischen System / Aktuelle Studie sieht Gründe für sinkende Wahlbeteiligung in zunehmend sozial gespaltenen Demokratie

ANSPRECHPARTNER



Dr. Robert Vehrkamp

Die Wahlbeteiligung in Deutschland wird auf lange Sicht weiter sinken. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach verabschieden sich vor allem einkommensschwache und bildungsferne Teile der Bevölkerung zunehmend aus der aktiven Teilhabe an Demokratie. Wahlenthaltung geschieht jedoch weniger aus Frust oder Protest, denn in ihrer Langzeitbeobachtung fanden die Wahlforscher Erstaunliches heraus: Nicht nur werden die Deutschen Jahr für Jahr zufriedener mit der Demokratie und dem politischen System in ihrem Land, sie finden auch, dass die Parteien sich heute deutlicher unterscheiden als vor zehn Jahren. Stärkste Ursache für Wahlmüdigkeit ist vielmehr Gleichgültigkeit – je geringer der Sozialstatus und je größer das politische Desinteresse im Freundeskreis, desto weniger wahrscheinlich wird der Gang zur Wahlurne.

Die Wahlbeteiligung in Deutschland wird auf lange Sicht weiter sinken. Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach verabschieden sich vor allem einkommensschwache und bildungsferne Teile der Bevölkerung zunehmend aus der aktiven Teilhabe an Demokratie. Wahlenthaltung geschieht jedoch weniger aus Frust oder Protest, denn in ihrer Langzeitbeobachtung fanden die Wahlforscher Erstaunliches heraus: Nicht nur werden die Deutschen Jahr für Jahr zufriedener mit der Demokratie und dem politischen System in ihrem Land, sie finden auch, dass die Parteien sich heute deutlicher unterscheiden als vor zehn Jahren. Stärkste Ursache für Wahlmüdigkeit ist vielmehr Gleichgültigkeit – je geringer der Sozialstatus und je größer das politische Desinteresse im Freundeskreis, desto weniger wahrscheinlich wird der Gang zur Wahlurne.

Bis Mitte der 80er Jahre gaben noch rund 90 Prozent aller Wahlberechtigten bei Bundestagswahlen ihre Stimme ab. Erst danach brach die Wahlbeteiligung ein, bis zum historischen Tiefstand von knapp über 70 Prozent bei der vergangenen Wahl. Dieser Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass immer mehr Einkommensschwache und Bildungsferne am Wahlsonntag zuhause bleiben. Aktuell sagen 68 Prozent aus der oberen Schicht, dass sie bei der Bundestagswahl in jedem Fall wählen werden. In der unteren Schicht sind es dagegen nur 31 Prozent. "Wir haben keinen Politik- oder gar Demokratieverdross. Wir erleben aber eine zunehmend sozial gesplante Demokratie", sagte Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung.

Die Studie zeigt: Ob jemand wählen geht, hängt erheblich davon ab, wo er wohnt, welche Freunde er hat und ob in seiner Familie über Politik gesprochen wurde. "Nichts motiviert so stark, wählen zu gehen, wie ein politisch interessiertes Umfeld", sagte Jörg Dräger. Wer Freunde hat, die wählen gehen, geht selber mit einer Wahrscheinlichkeit von 77 Prozent bestimmt zur Bundestagswahl. Wessen Umfeld jedoch nur zur Minderheit wählen geht, hat nur eine Wahrscheinlichkeit von 19 Prozent, sicher an der Wahl teilzunehmen.

In den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland mündete Desinteresse an Politik oftmals nicht in der Wahlenthaltung, weil das freie Wahlrecht damals noch stärker als staatsbürgerliche Pflicht verstanden wurde. Heute findet die Nicht-Wahl vor allem in den jüngeren Generationen breite gesellschaftliche Akzeptanz. 76 Prozent der unter 30-Jährigen sagen, dass – falls sie nicht zur Wahl gingen – ihre Freunde Verständnis dafür hätten oder es ihnen egal wäre. Von den über 45-Jährigen sagen das nur etwas mehr als die Hälfte. "Zu Beginn der 90er Jahre hat es einen Bruch gegeben: Wählen wird seitdem immer weniger als Bürgerpflicht gesehen", sagte Dräger. Zwar steigt mit zunehmendem Alter das Interesse an Politik, jedoch ist die Wahlbeteiligung der Erstwähler ein klarer Indikator dafür, wie aktiv sich die jeweilige Generation in späteren Lebensjahren beteiligt: "Ist die Politisierung einer Generation in jungen Jahren niedrig, ist das kaum noch aufzuholen. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass die Wahlbeteiligung auf lange Sicht weiter sinken wird", sagte Dräger.

Während der Urnengang für die Deutschen an Bedeutung verliert, wächst die allgemeine Zufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System. Dies gilt in besonderem Maße für die ostdeutschen Bundesländer: 2003 äußerten sich lediglich 47 Prozent der Ost-Bürger zufrieden, inzwischen tun dies 74 Prozent (West: von 72 auf 84). Im Gegenzug sinkt der Anteil der Unzufriedenen auf einen neuen Tiefstwert: Lediglich elf Prozent der

Bundesbürger geben an, mit der Demokratie unzufrieden zu sein. Zehn Jahre zuvor sagten das noch nahezu drei Mal so viele (29 Prozent). Entgegen der landläufigen Meinung erkennt eine wachsende Mehrheit der Bürger (65 Prozent) durchaus große Unterschiede zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien. Lediglich 24 Prozent finden aktuell, die Parteien seien im Grunde alle gleich. Zu Beginn der 90er Jahre sagten das noch 31 Prozent.

Verändert haben sich auch die Motive für politisches Desinteresse. Von den nicht oder wenig an Politik Interessierten nennen 45 Prozent als Grund für ihre Zurückhaltung, sie könnten ohnehin nichts ausrichten (2007: 70 Prozent). Andererseits beklagen aus dieser Gruppe mit 61 Prozent mehr als vor sechs Jahren (52 Prozent), Politik sei für sie oft schwer nachvollziehbar und undurchsichtig. 46 Prozent der politisch Desinteressierten sagen, Privates und Beruf seien ihnen wichtiger; 38 Prozent geben an, von Politik und Politikern enttäuscht zu sein (Mehrfachnennungen waren möglich).

Vorliegende Studie basiert auf Zeitreihenanalysen des Partizipationsverhaltens in Deutschland sowie einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung und des Instituts für Demoskopie Allensbach. In der Zeit vom 27. März bis zum 12. April 2013 wurden insgesamt 1.548 Personen mündlich-persönlich ("face-to-face") befragt. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Stichprobe ist damit für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland repräsentativ.

Downloads

[Studie Gespaltene Demokratie \(3.1 MB\)](#)

[Einwurf: Ziemlich unpolitische Freunde - wer in Deutschland warum nicht mehr wählt. \(805 KB\)](#)

[Die Wahlbeteiligung von Geringverdienern sinkt stetig \(254 KB\)](#)

[Bundestagswahl 2013: Große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten bei Wahlwahrscheinlichkeit \(295 KB\)](#)